

Bankenkrise

Nun verlangt auch die FDP Boni zurück

CS-Fiasko Die für den Untergang der Credit Suisse verantwortlichen Manager sollen ihre Boni zurückzahlen und zur Rechenschaft gezogen werden. Auch für die von SP und Grünen geforderte PUK zeigt sich die FDP offen.

Markus Brotschi

Am Tag nach dem grossen Bankenschock überboten sich die Parteien mit Forderungen zur künftigen Bankenregulierung und mit Kritik an Bankmanagern. Selbst bei der FDP ist der Ärger über die Verantwortlichen der CS so gross, dass sie Boni und Gratifikationen von der alten Führungsriege zurückfordert. Die Verantwortlichen müssten zur Rechenschaft gezogen werden. Zudem dürften dieses Jahr dem CS-Management keine Boni ausgerichtet werden, sagte FDP-Präsident Thierry Burkart vor den Medien.

Die SP will noch einen Schritt weiter gehen und für systemrelevante Banken Bonuszahlungen verbieten. Die SP begründet dies mit der faktischen Staatsgarantie für diese Grossbanken.

Breites Unbehagen besteht bei den Parteien gegenüber dem neuen Bankenkoloss UBS mit einer Bilanzsumme von 1,5 Billionen Franken. Die FDP will zumindest die Bildung einer «Mega-bank» im Inland verhindern. Deshalb müsse die UBS so bald als möglich das Inlandgeschäft der CS wieder abspalten oder zumindest in einer anderen Form selbstständig weiterführen.

Aktuelle Gesetzgebung genügt nicht

Auch einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK), die von SP und Grünen gefordert wird, verschliesst sich die FDP nicht von vornherein. Die von allen Parteien befürwortete ausserordentliche Session des Parlaments in der Woche nach Ostern werde zeigen, ob es eine PUK brauche, sagte Burkart. Skeptisch gegenüber einer PUK zeigt sich hingegen SVP-Nationalrat und Bankunternehmer Thomas Matter. Er sehe nicht, was die parlamentarische Untersuchung an neuen Erkenntnissen bringen solle. Auch Mittepräsident Gerhard Pfister sieht gegenwärtig noch keine Gründe für eine PUK.

Für die Parteien von links bis rechts hat der Fall der CS gezeigt, dass die aktuelle Gesetzgebung (Too big to fail) nicht genügt. SP



Der damalige CEO Brady Dougan (links) und CS-Präsident Urs Rohner im Gespräch nach der Generalversammlung von 2012. Foto: Keystone

und Grüne nehmen die nach der Finanzkrise von 2008 gestellte Forderung nach einem Trennbankensystem wieder auf. Dabei steht die Trennung von Investment- und Geschäftsbank im Vordergrund. Auch die FDP, die bisher das Trennbankensystem ablehnte, will dies nun anschauen. Allerdings hegt Burkart Zweifel, ob dies im aktuellen Fall geholfen hätte. Auch Die Mitte zeigt sich bereit zu griffigeren Regulierungen des Finanzsektors.

Für SVP-Nationalrat Matter ist klar, dass es in der Schweiz keine Banken mehr geben darf, die zu gross sind, um sie untergehen zu lassen. Nun müsse das Trennbankensystem noch einmal ernsthaft geprüft werden. Die Forderung nach einem Trennbankensystem erhielt 2013 im Nationalrat mit den Stimmen von

SP, Grünen und SVP eine Mehrheit, scheiterte jedoch im Ständerat am Widerstand von FDP und Mitte (CVP). 2015 forderten SP und SVP erneut die Aufspaltung der Grossbanken in eine Vermögensverwaltungs- und Geschäftsbank einerseits und eine Investmentbank andererseits. Erneut scheiterte der Plan im Ständerat.

SVP will Schweizer Management

Die SVP will bei der künftigen Regulierung des Finanzsektors dafür sorgen, dass das Management und allenfalls auch die Eigentümer der Banken mehrheitlich aus schweizerischen Staatsbürgern bestehen sollen. Den heute meist ausländischen Aktionären und Managern sei die Schweiz egal, sagt Matter. Die

«Den heute meist ausländischen Aktionären und Managern ist die Schweiz egal.»

Thomas Matter
SVP-Nationalrat

Grünen fordern vom Bundesrat unverzüglich Vorschläge, wie der Kultur der «kollektiven Verantwortungslosigkeit» ein Ende gesetzt werden kann. Nur so könnten die Wettbewerbsfähigkeit und die Vertrauenswürdigkeit des Schweizer Finanzplatzes wieder hergestellt werden, sagt der grüne Nationalrat Gerhard Andrey.

Auch die Finanzmarktaufsicht (Finma) steht in der Kritik. Die FDP will prüfen, ob die Finma ihrer Aufgabe im Fall der CS gewachsen war. Die Finma und der frühere Finanzminister Ueli Maurer hätten es offensichtlich verpasst, bei der CS rechtzeitig einzuschreiten, kritisiert die FDP. Hier habe es krasse Fehleinschätzungen gegeben. So habe Maurer noch Ende Jahr gesagt, man solle die CS nun in Ruhe arbeiten lassen.

Mit der Kritik am Ende 2022 zurückgetretenen SVP-Bundesrat reagiert die FDP aber auch auf die Attacke der SVP, wonach der Fall der CS eine Folge von Misswirtschaft und FDP-Filz sei. Allerdings warnt Burkart gleichzeitig davor, das CS-Debakel im Wahlkampf auszuschlachten.

«Der Bundesrat enteignet die Aktionäre ohne Rechtsgrundlage»

CS-Deal Wirtschaftsrechtler Peter V. Kunz kritisiert, dass die UBS die CS dank Notrecht übernehmen darf.

Zur Übernahme der Credit Suisse durch die UBS dürfen sich die Aktionäre beider Banken nicht äussern. Wer Aktien der CS hält, verliert aufgrund des Kaufpreises praktisch den gesamten Einsatz. Damit die Übernahme möglich wird, leistet die Nationalbank eine Liquiditätshilfe von bis zu 200 Milliarden Franken. 10 Milliarden davon garantiert der Bund, der auch ein Verlustrisiko von 9 Milliarden trägt.

Herr Kunz, genügt Notrecht als Grundlage für diese weitreichenden Beschlüsse? Nein. Der Bundesrat wendet hier Notrecht sehr leichtfertig an.

Wie kommen Sie zu dieser Feststellung?

Die Bundesverfassung besagt, dass Notrecht dann eingesetzt werden kann, wenn die innere oder äussere Sicherheit des Landes gefährdet ist oder wenn schwere Störungen der öffentlichen Ordnung drohen. Beides ist sicher nicht der Fall.

Es gibt aber auch noch den Passus, dass Notrecht erlaubt ist, wenn es die Wahrung der Interessen des Landes erfordert.



Peter V. Kunz
Direktor am Institut für Wirtschaftsrecht der Universität Bern

Ich bezweifle, dass dies im Fall der Credit Suisse der Fall ist. Im Gegenteil schadet der Bundesrat damit den Interessen unseres Landes.

Wie kommen Sie darauf?

Ja. Aber die Aktionäre der Credit Suisse haben zur Übernahme nichts zu sagen. Der Bundesrat enteignet die Aktionäre ohne Rechtsgrundlage und ohne zu wissen, was das Ergebnis sein wird.

Rechnen Sie mit Klagen?

Ja. Notrecht ist hier eine so dünne Grundlage, dass sie brechen würde, wenn man sie anfechten würde.

Wer könnte klagen?

Vor allem die arabischen Aktionäre. Sie verlieren Hunderte Millionen Franken. Ich halte Staatshaftungsklagen der arabischen Investoren für gut möglich.

Sie haben gesagt, der Bundesrat schade mit der Anwendung von Notrecht den Interessen des Landes. Ein harter Vorwurf.

Es ist das dümmstmögliche Szenario. In der Schweiz müssen Investoren ab jetzt damit rechnen, ohne rechtliche Grundlage enteignet zu werden. Das wird den Finanzplatz nachhaltig beschädigen – womöglich stärker als alle anderen Szenarien rund um die Credit Suisse. Jedenfalls stärker, als wenn man die Bank wie in den «Too big to fail»-Regeln

vorgesehen zerlegt und nur den systemrelevanten Teil aufrecht erhalten hätte.

Was denken Sie, warum hat der Bundesrat anders entschieden?

Er hat wohl dem Druck aus dem Ausland nachgegeben. Der Bundesrat hat sich als willfährig erwiesen.

Wer hat den Schaden, wer den Nutzen?

Die UBS hat einen super Deal gemacht. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehören neben den Aktionären der Credit Suisse zu den grossen Verlierern. Das wird in der Schweiz 5000 bis 10'000 Jobs kosten.

Peter Burkhardt

Börse

SMI
10644 Punkte

+0.3%



Die Besten

| | |
|------------------|-------|
| Zürich Ins. N | +2.4% |
| Richemont N | +2.4% |
| Partners Group N | +2.2% |

Die Schlechtesten

| | |
|------------|--------|
| CS Group N | -55.7% |
| Sonova N | -1.3% |
| Logitech N | -0.4% |

Dow Jones Ind.
32'245 Punkte

+1.2%

Nasdaq Comp.
11'676 Punkte

+0.3%

| | | |
|------------------------------|---------|--------|
| Euro in Franken | 0.992 | 0.26% |
| Dollar in Franken | 0.926 | -0.18% |
| Euro in Dollar | 1.072 | 0.43% |
| GB-Pfund in Franken | 1.136 | 0.62% |
| Öl (Nordsee Brent) in Dollar | 72.75 | 0.9% |
| Gold (Unze) in Dollar | 1976.60 | 0.6% |
| Silber (Unze) in Dollar | 22.42 | 1.6% |

Aktie der UBS schliesst im Plus

Börsen An einem Tag, an dem der Schweizer Finanzplatz die Titelseiten aller Zeitungen beherrschte, hat die Schweizer Börse den Handel positiv beendet. Der Leitindex SMI gewann 0,3 Prozent, der breiter gefasste SPI-Index 0,4 Prozent. Auch die anderen wichtigen Indizes wie der deutsche DAX (+1,1 Prozent), der englische FTSE (+0,9 Prozent) und der amerikanische Dow Jones Industrial (+1,2 Prozent) sowie der Nasdaq (+0,34 Prozent) schlossen im Plus.

Der Plan von Bund, SNB und Finma, die Märkte mit der «erzwungenen» Übernahme der schlingernenden Credit Suisse durch die UBS zu beruhigen, scheint – zumindest für den Moment – aufzugehen. Die Verluste an der Wallstreet und den Nasdaq-Börsen vom Freitag wurden grösstenteils wettgemacht.

Alle Augen auf die Credit Suisse gerichtet

An der Schweizer Börse waren natürlich alle Augen auf die Credit Suisse gerichtet. Nach einem Kurseinbruch von 62 Prozent bei der Eröffnung schloss die Aktie mit einem Minus von knapp 56 Prozent bei 0.82 Franken. Das ist immer noch mehr als die 76 Rappen, die die Nummer eins der Schweizer Banken, die UBS, für die Übernahme ihrer historischen Rivalin für 3 Milliarden Franken geboten hatte.

Auch die UBS-Aktie erlitt zunächst einen herben Rückschlag und fiel am Morgen um fast 9 Prozent. Im Laufe des Tages kam es jedoch zu einer Erholung, sodass der Tag für die UBS-Aktie mit plus 1,3 Prozent (oder bei 17.32 Franken) endete. (red)

UBS-Aktien im Plus

Aktienkurs am 20. März, in Fr.



Grafik: mrue / Quelle: FuW